



Grüne Maria Luise Teubner
„Das Wahnsinnsprojekt stoppen“

schung ein Bundeszwischenlager für schwach- und mittelmäßig radioaktive Abfälle aus Medizin, Forschung und gewerblicher Industrie angelegt, außerdem sind Zwischenlagerbauten für alle Kategorien radioaktiver Abfälle geplant;

- ▷ in Rekingen am Rhein vor Waldshut, direkt an der Grenze gegenüber der deutschen Gemeinde Küssaberg, wird eine Großverbrennungsanlage für Sondermüll errichtet, in der jährlich 70 000 Tonnen giftiger Unrat, vor allem Klärschlamm, Altöl und Lösungsmittel, behandelt werden sollen;
- ▷ in Basel wollen die drei Chemie-Giganten Ciba-Geigy, Hoffmann-La Roche und Sandoz unmittelbar an der Grenze zur Bundesrepublik für 120 Millionen Franken einen Verbrennungsöfen für ihren hochgiftigen Industrie-Sondermüll hinstellen, dessen Dimension weltweit einmalig ist: 100 Meter lang und 30 Meter breit, Vernichtungsvolumen: jährlich 13 500 Tonnen.

„Es ist schon erstaunlich“, sagt Haken, „daß die drohende Sauerei im Südwesten so wenig beachtet wird. Alles guckt nach Gorleben, wo ja noch lange nicht das letzte Wort gesprochen ist.“

Die Regierungen in Bonn und Stuttgart, mit Protesten eingedeckt, erklären sich für nicht zuständig. Auf eine kleine Anfrage der Grünen im Bundestag antwortete das Bonner Umweltministerium schlicht: „Die deutschen Behörden sind in die Prospektions- und Untersuchungsarbeiten nicht einbezogen. Nach Kenntnis der Bundesregierung werden derzeit die Ergebnisse der Tiefbohrungen in schweizerischen Fachkreisen diskutiert.“ Deshalb entfielen „derzeit auch alle Spekulationen um eine etwaige Gefährdung der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland“.

Auf diese dürftige Antwort berief sich im Februar auch das Berner Bundesamt für Energiewirtschaft, das von der Grünen Maria Luise Teubner um Stellungnahme gebeten worden war. Der Stuttgarter CDU-Landwirtschaftsminister Gerhard Weiser, bis Juli letzten Jahres auch für Umwelt zuständig, hatte anfragende FDP-Abgeordnete auf „ausführliche Informationsschriften“ der Nagra verwiesen. Weiser: „Eine zusätzliche Information durch die Landesregierung wird bei der gegebenen Sachlage nicht für erforderlich gehalten.“

Vergebens tragen Kommunalpolitiker und der Planungsausschuß der Region immer wieder ihre Bedenken vor. „Ich kann mir nicht vorstellen“, mahnte auch ein ehemaliges Stuttgarter Regierungsmitglied, der frühere südbadische CDU-Staatssekretär Kurt Härzschel, „daß es in der Schweiz keine andere Möglichkeit gibt.“

Die Eidgenossen aber blocken alle Einwände ab. Nagra und Berner Regierung wollen von den Zwischenlager-Projekten so wenig abweichen wie von der Absicht, den gesamten helvetischen Atom Müll nahe der deutschen Grenze zu vergraben.

Deshalb wollen Parteien und Organisationen, deutsche und schweizerische Bürgerinitiativen ihre Aktionen verstärken. „Denn der Hochrhein“, sagt Axel Mayer vom Grünen-Regionalbüro, „darf nicht zur atomaren Müllkippe werden.“

Vorgesehen ist zunächst, an der Bohrstelle in Siblingen, eine Bauplatzbegehung, die leicht zu einer deutsch-schweizerischen Protestkampagne eskalieren könnte. Am Vorabend des 1. Mai ist in Siblingen ein Kongreß der Bürger-

initiativen geplant, bei dem auch die Parteien Stellung beziehen sollen.

Die Grünen-Abgeordnete Maria Luise Teubner heizt die Stimmung an: „Bohrbeginn in Siblingen ist für uns Baubeginn fürs atomare Endlager. Wir werden alles tun, das zu verhindern.“

KIRCHEN

Parole SPUK

Weil die Gläubigen wegbleiben, sollen Gotteshäuser zu Wohn- und Bürogebäuden umgestaltet werden.

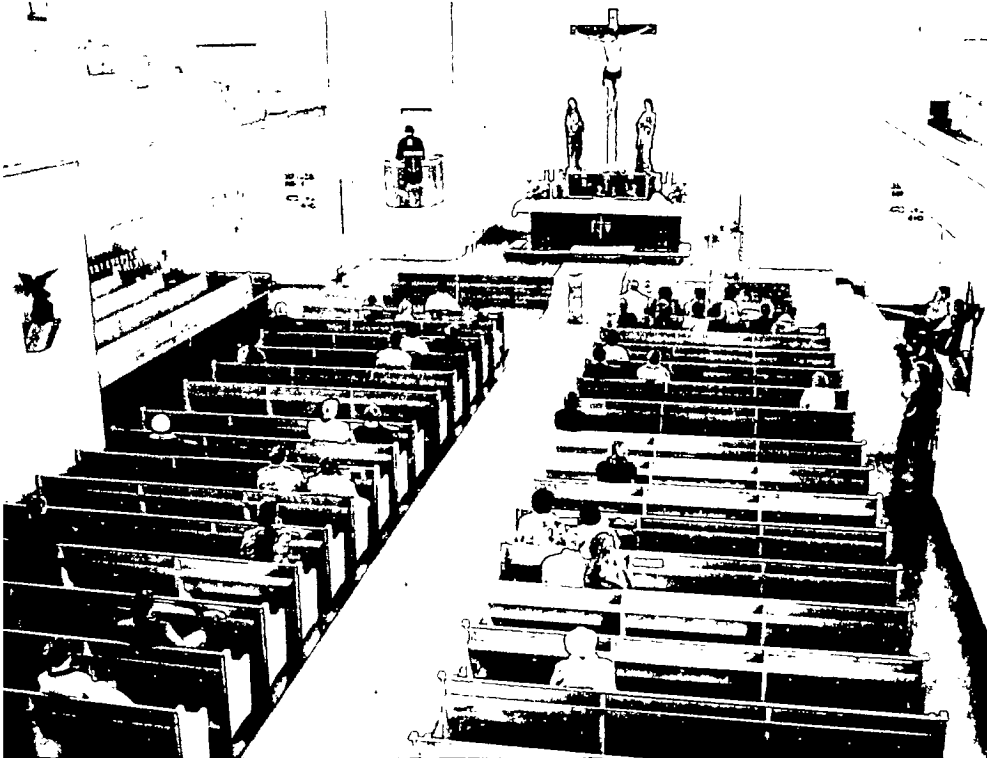
Wichtig wuchs das Bauwerk zwischen Mietskasernen und Soldatenquartieren auf dem Gelände eines ehemaligen königlichen Holzlagerplatzes empor. Die Berliner Heiligkreuzkirche, vom Kaiser 1888 dem Proletarierbezirk Kreuzberg zugeeignet, sollte fortan Stein gewordener Dank sein für „die eben errungenen Siege Preußens“ und ebenso „zum Lob und Preise Gottes“ dienen.

So zwischen Gott und der Welt in der Pflicht, leisteten vier evangelische Pfarrer in der 120 000 Köpfe zählenden Gemeinde Schwerstarbeit. Sonntag für Sonntag hielten sie 50 Täuflinge über das Becken, trauten im Monatsschnitt 64 Paare und brachten, im Gotteshaus mit 1500 Sitzplätzen, jährlich 2000 Konfirmanden bis zur Einsegnung.

Der einstige Glanz ist verblichen. Die Bausubstanz der Kirche, wiederaufgebaut nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg, verfiel. Die „Monumentalität“ des Gotteshauses, so Heiligkreuz-Pfarrer Jürgen Quandt, habe zuletzt das



Ex-Kirche im niederländischen Eindhoven: Kassieren mit dem Klingelbeutel



Sonntagsgottesdienst in Berlin*: „Zeit der Entchristlichung“

arg geschrumpfte „Häufchen der Gläubigen vollends erschlagen“. Die Kirchgänger zogen um ins Gemeindehaus.

Doch jetzt, nach dem Hundertjährigen, könnte frischer Zeitgeist durch die zugigen Räume wehen. Für rund elf Millionen Mark sollen unter der Kuppel ein Konzertsaal, unterm Dach eine Bürolandschaft und hinter der Empore ein Zentrum für Gemeindeleben und Geselligkeit entstehen. Übrig bleibt eine Kleinkirche, die im Chor untergebracht wird.

Der Akt kirchlicher Selbstbereinigung gilt in West-Berlin als Pilotprojekt. Mindestens zehn Gotteshäuser, von Gemeindegewand und Zerfall gezeichnet, dürfen in den nächsten zwölf Jahren profaner Nutzung zugeführt werden.

In der Kreuzberger St.-Thomas-Kirche mit 2100 Sitzplätzen könnte ein „Kulturpalast“, in der Weddingener Neuen Nazarethkirche eine „Musikakademie“ entstehen. Interesse an den Gebäuden haben, bislang ohne positives Echo, moslemische Gruppen und sogar Supermärkte angemeldet. Mit der Parole SPUK („Sport unter dem Kreuz“) möchten fromme Körperbewußte im geräumten Kirchenschiff kegeln, Basketball spielen oder Kampfsport treiben – dazu die Kirchenleitung: indiskutabel.

Die Herren von der Spandauer Lutherkirche (Patronatsmotto: „Ein feste Burg ist unser Gott“) wollen vorerst nur Wohnraum schaffen und dafür öffentliche Kredite beantragen. Pfarrer Christian Maechler hatte trotz liturgischer Innovationen, etwa eines „Frühstücksgottesdienstes“ mit „Wein und Käse“, stets dieselbe sonntägliche Negativbilanz aufgemacht: „50 Gottesdienstbesu-

cher, 60 Mark Kollekte für Brot für die Welt und gleichzeitig 600 Mark Heizkosten.“ Eine radikale Zellteilung soll Abhilfe schaffen.

Vorne, im bisherigen Altarbereich, sind 300 Kirchenplätze vorgesehen, hinten, aufgehängt in ein System von Stahlskelett-Trägern, Sozialbauwohnungen. Eine schalldämpfende Mauer soll den Profan- vom Sakralbereich trennen, damit „das Geräusch der Klosettspülung“ (Maechler) nicht die Andacht stört.

So weit mochte bislang zwar keine der Bruderkirchen in Westdeutschland gehen, denen „in einer Zeit wachsender Entchristlichung“ (der Berliner Bischof Martin Kruse) die Mitglieder davonlaufen. Doch behutsame Einschnitte sind auch dort keine Seltenheit mehr. Mit Raumkorrekturen, Unterkellerungen oder Einbauten wurden etwa die Düsseldorf-Johanneskirche oder die Nürnberger Gustav-Adolf-Gedächtniskirche zweckmäßiger gestaltet. Im Hamburger Michel werden schon seit Jahren Konzerte, von Agenturen gemanagt, gegeben.

Während sich deutsche Gemeinden noch mit Skrupeln plagen, setzt die britische Staatskirche auf den Ausverkauf. Seit Ende 1969 verhökerte sie mehr als 1000 Gotteshäuser. Auch die Niederländer lösen sich unbefangener von sakralen Bauballast. Ex-Kirchen wurden da zum grellen „Kinderspeelpalais“ (in Eindhoven), zu flippigen Schwoftempeln (in Amsterdam) oder Gourmet-Restaurants, in denen die Kellner mit dem Klingelbeutel kassieren.

Doch nirgendwo kumulieren die Probleme so wie in Berlin, wo die evangelische Kirche in den letzten 15 Jahren 500 000 Mitglieder und damit knapp ein Drittel ihrer Gemeinde verlor. Ausgerechnet in den Proletarier-Quartieren, in

denen einst das Gros der wilhelminischen Großkirchen zur Belehrung und Bekehrung der Arbeiterschaft konzentriert worden war, brachten Ausländerzuzug, Überalterungs- wie Sanierungsfolgen die schwersten Einbußen.

Nicht wenige Gemeinden wollen deshalb nach dem Abgang der Alt-Klientel auch die bauliche Altlast loswerden. Ihnen sitzt die Pleite im Gestühl: Die Berliner Kirche hängt beim Unterhalt ihres Bestandes derzeit mit 94 Millionen Mark für überfällige Instandsetzungs- oder Sanierungsmaßnahmen hinterher.

Die „schleichende Einschränkung des haushaltswirtschaftlichen Spielraums“, so der Finanzchef im Konsistorium, Uwe Runge, trifft vor allem die Großkirchen im Kiez. Paradox: Gerade in den sozial aufgewühlten Problem-Quartieren Kreuzberg oder Wedding haben sich die Pfarreien mit Gemeindeaktionen zu lokalen Problem-Themen neues Publikum erarbeitet. Doch das orientiert sich, so der Weddingener Superintendent Detlef Minkner, an den kaiserlichen Backsteinkirchen vorbei, die nach wie vor als Symbole für „Ruhe und Ordnung und sichtbare Obrigkeit“ betrachtet würden: „Da predigt die Majestät; was wir aber brauchen, ist ein Gotteshaus mit kommunikativen Möglichkeiten.“

Das meinen auch die Gemeindeglieder in Kreuzberg, die ihre Heiligkreuzkirche ummodellern wollen. Sie fordern einen „gemütlichen Quatsch-Ausruhraum mit Möglichkeit zum Kochen und gemeinsamen Essen“, dazu „Graffiti im Eingangsportal“, „Windräder auf Türmen“, ein „liturgisches Restaurant“ und „doll schöne Lampen“.

„Der Mensch soll wohnen + leben, arbeiten + feiern, musizieren + spielen im Gotteshaus“ – mit solchen Postulaten stellte sich die Spandauer Luther-Gemeinde hinter das gewagte Wohnbau-Konzept des Berliner Architekten Dieter Ketterer. Auch Ex-Staatssekretär Gerhard Naulin, Beauftragter der Kirchenleitung für die Umnutzung des Berliner Kirchenerbes, verfiel das Konzept von der „Herberge in der Kirche“: „Wir werden das leidenschaftslos, aber bestimmt bis zur endgültigen Entscheidung vorantreiben.“

Auf der Prioritätenliste vorn steht der seit Jahren von Gemeindepfarrer Quandt vorangetriebene Umbau der Heiligkreuzkirche in Kreuzberg. Nach einem Entwurf der lokalen „Architektengruppe Wassertorplatz“ sollen Raumabtrennungen dem Kuppelbau die alte Schwere nehmen. Eine Lichtdecke und ein freistehendes Stahl-Glas-Treppenhäus als Separat-Zugang zu den Dachbüros der kirchlichen Verwaltung könnten mehr Transparenz schaffen.

Die Gemeinde will die Modernisierung ihrer verblichenen Kultstätte objektgerecht finanzieren: durch den Verkauf des abgenutzten Gemeindehauses und eines Friedhofsgeländes. ◆

* St. Johanniskirche, Berlin-Moabit.